

**Antragsteller\*in:**

|  |
| --- |
| *Students for Palestine* |

**Antragsinhalt:**

|  |
| --- |
| Die Vollversammlung möge beschließen, |
| *Die Universität aufzufordern, den palästinensischen Studierenden, die aufgrund der anhaltenden humanitären Krise in den besetzten Gebieten und der mangelnden finanziellen Ressourcen nicht fristgerecht ihre Studiengebühren entrichten können, einen Zahlungsaufschub von bis zu sechs Monaten zu gewähren, ohne dass dabei Mahngebühren, Verzugszinsen oder der Verlust des Studienplatzes drohen.* |

**Begründung:**

|  |
| --- |
| *Als internationale Studierende gelten palästinensische Studierende gemäß deutscher Hochschulregelungen als Selbstzahler, die vor Beginn jedes Semesters vollständige Gebührenüberweisungen nachweisen müssen.*  *Ein Zahlungsaufschub leistet einen konkreten Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen und folgt dem Grundsatz, dass akademische Leistungen nicht durch politische und militärische Konflikte diskriminiert werden dürfen.*  *Ein sofortiger Zahlungsaufschub für bis zu sechs Monate würde verhindern, dass Studierende ihren Visumsstatus verlieren oder ihr Studium abbrechen müssen, obwohl sie in Deutschland vor Ort studieren und aktiv am akademischen Leben teilnehmen.*  *Unsere Hochschule übernimmt mit diesem Beschluss Verantwortung für die Chancengleichheit und Solidarität im internationalen Kontext. Ein unbürokratisches Entgegenkommen entspricht den europäischen und universitären Leitlinien zur Förderung von Vielfalt und Inklusion.* |

**Hinweis:**

|  |
| --- |
| Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise  „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“). |